

In dieser Ausgabe lernen Sie Martin Kleinfelder kennen. Sein Engagement gilt der Kinder- und Jugendarbeit. Chancen für alle - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! In „seinem“ Verein „Der Rote Baum“ wird dafür allerhand getan Seite 2

Reicht Reduzierung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse auf Warenaustausch aus, um die soziale Welt zu beschreiben, ohne ihr den Charakter eines Marktplatzes zu verleihen? Nachgelesen dazu bei Bourdieu Seite 6

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 19. - mit den Themen: Ausstellung: Auschwitz - nie wieder! / Antiziganistische Zustände - eine Buchvorstellung / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 7

Am 7. Juni ist Europawahl!

... aus Berlin – nach Brüssel ...?!

Am 7. Juni entscheiden die BürgerInnen über die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union.

Europa ist schon heute für die rd. 500 Millionen Menschen in den 27 Mitgliedsländern und 274 Regionen der EU, konkret und vor Ort erlebbar. Europäische Gas-, Strom- und Verkehrsnetze sowie vielfältige Normierungsregeln bestimmen unseren Alltag.

Als Kandidatin für das neue Europaparlament möchte ich vor allem die Chancen des neuen vereinigten Europa aufgreifen. Die EU stellt zum Ausgleich von Strukturschwächen in den Regionen umfangreiche Mittel zur Verfügung, die vor Ort eingesetzt werden können. Berlin erhält im Zeitraum 2007-2013 z.B. 1,2 Milliarden Euro Fördermittel. Auch in Hellersdorf-Marzahn kommen solche Mittel zum Einsatz. Wichtige Arbeitsmarkt-, Kultur-, Stadtentwicklungs- und Integrationsprojekte konnten damit bereits unterstützt werden, wie z.B. das Projekt „Arbeit bis ins Alter“, um für die über 50-jährigen ArbeitnehmerInnen des Bezirks sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Auch das Projekt „Gebietsmanagement im Gewerbeband eastside“ zur Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen fand EU-Unterstützung. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen. Gleichzeitig verdient die gegenwärtige EU insgesamt eine kritische Betrachtung. Es hat einen Grund, warum sich viele Menschen bisher wenig für die Europäische Union interessieren. Dabei



Martina Michels. Foto: privat

hat Zukunftsfähigkeit für mich insbesondere eine soziale Dimension. DIE LINKE setzt sich ein für die europäische Angleichung von sozialen Standards auf hohem Niveau anstelle eines Lohn- und Sozialdumpings, wie wir es gegenwärtig erleben. Mein Ziel ist ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne, in dem soziale Perspektiven wichtiger sind als Renditeprozesse. Die Europäische Union braucht daher dringend eine Neuausrichtung. Es geht um die Überwindung der alten neoliberalen Denkmuster, die Privatisierung und Deregulierung in den Vordergrund stellt. Wir wollen eine stärkere demokratische Kontrolle, insbesondere der europäischen Finanzmärkte. Es braucht vor allem mehr Transparenz, damit die BürgerInnen europäische Entscheidungsprozesse nachvollziehen und Vertrauen in die EU gewinnen können. Oberstes Ziel unsrer politischen Arbeit ist und bleibt insbesondere der Einsatz für eine friedliche Union, die Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten ausschließt.

Als europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus engagiere ich mich bereits seit vielen Jahren mit diesem Anspruch in der Europapolitik. Mit uns wird es kein „Weiter so!“ geben. Wer Veränderung will, kann sich dabei auf uns als Bündnispartner verlassen, denn

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Martin Kleinfelder / Petra Pau: Ein nimmerkluges Knäblein

Seite 3:

Integration braucht ein Mehr an Ausstattung / Geschichte

Seite 4:

Besuch im Bundestag / Rathausreport

Seite 5:

Linke Unternehmer? / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6:

Politische Bildung: Pierre Bourdieu / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

für DIE LINKE stehen Frieden und soziale Gerechtigkeit konsequent im Vordergrund. Wir stehen dabei nicht allein, sondern arbeiten in Brüssel gemeinsam mit 31 anderen europäischen linken Parteien in einer konföderalen Fraktion GUE/NGL zusammen. Dieses Projekt wollen wir fortsetzen. Vor allem der Sozialprotest und der Protest gegen den Krieg brauchen mehr Gehör, auch durch eine starke Linke im Europaparlament!

Martina Michels

Martina Michels ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (DIE LINKE)

- geboren 1955 in Berlin

- Diplom-Philosophin

- europapolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus, Vorsitzende des Europaausschusses

- Mitglied im „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel

- kandidiert auf Platz 9 der Liste für die Europawahl

Zur Person: Martin Kleinfelder

Der Rote Baum

Martin Kleinfelder, vielen noch bekannt als Martin Uther, sowie früheres Fraktions- und Bezirksvorstandsmitglied ist sozusagen der „Rote Baum“, zumindest in Hellersdorf.

Etwas über die Dreißig, hat er schon recht unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ein unspektakuläres Jugendleben in der DDR, die Nachwendejahre mit ersten politischen Gehversuchen, Ausbildung zum Erzieher, Arbeit und die eigene Familie.

Vor sechs Jahren verriet Martin „Marzahn-Hellersdorf links“, dass er sich am liebsten in einem Klub in der Trägerschaft des Jugendvereins „Roter Baum“ e.V. engagieren würde, der seine Wurzeln in Dresden hat und von PDS-Mitgliedern gegründet wurde.

Der Wunsch hat sich erfüllt, und so ist Martin zum „Roten Baum“ gekommen:

1995 war er Betreuer in einem Ferienlager. Da stimmte das Preis-Leistungsverhältnis nicht, was ihm besonders dadurch auffiel, dass ein zweites Ferienlager im gleichen Objekt war, bei dem der Preis nur halb so hoch, der Spaß und das Programm dafür doppelt waren. Die netten Leute hatten ihn

zu ihrem Nachtreffen eingeladen, wo er feststellte, dass der Rote Baum, im linken Spek-



Martin Kleinfelder

Foto: Y. Rami

trum angesiedelt, Werte darstellt, die für ihn wichtig waren.

Solidarität, soziale und ökologische Werte wurden vertreten. Hier fühlte Martin sich wohl. Er wurde gleich in die Betreuung einer Jugendweihegruppe eingebunden, die ein Wochenende in Berlin verbrachte.

Seit dem ist viel Zeit vergangen und der Rote Baum ist groß und stark geworden. So stark, dass er auch Anfeindungen überlebte. So wurde trotz der Zustimmung der Eltern, Erzieher, Ortsbeiräte und des Jugendhilfeausschusses die Übertragung von Kitas an den Roten Baum in Dresden mit den Stimmen von NPD und CDU verhindert. Auch in Berlin gab es einige Krisen zu überwinden.

Dennoch freut sich Martin, dass sie in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen auch hier feiern können. Heute hat der Rote Baum seinen Sitz in der Stendaler Straße 43. Er führt Gedenkstättenfahrten und Jugendbegegnungen durch, arbeitet mit Hilfe einer bezirklichen Förderung im Bereich der Jugendkulturarbeit und hat ein neues, viel beachtetes Projekt: Das „Bunte Haus“ es befindet sich in der Hellersdorfer Promenade 14 und hält verschiedene Angebote für Familien vor.

Eines davon ist eine Beratung in Fragen des SGB II, die ab sofort durchgeführt wird. Beratungen sind nach telefonischer Terminvereinbarung möglich: 28868938.

Mehr zur Arbeit des Roten Baums unter: www.roter-baum.de/berlin. **Sabine Behrens**

Petra Pau (MdB): Ein nimmerkluges Knäblein

Die Argumente waren ausgetauscht. Die Abstimmung konnte beginnen. FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sagten Ja. Die Unions-Fraktion und die SPD blieben beim Nein. Wieder war ein Vorstoß, auch auf Bundesebene Volksabstimmungen einzuführen, gescheitert. Damit bleibt die Bundesrepublik Deutschland bei direkter Demokratie weiterhin ein EU-Entwicklungsland.

Dabei steht im Grundgesetz, Artikel 20 (2): „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und in Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Wahlen werden

Immerhin, die CDU/CSU blieb sich auch diesmal treu. Direkte Demokratie schwäche die Parlamente, hieß ihr erstes Argument. Volksabstimmungen riefen nur Demagogen und Populisten auf den Plan, so das zweite. Schließlich sei alles so komplex, dass es sich nicht auf ein einfaches Ja-Nein-Weißnicht reduzieren ließe. Einwand eins und drei sind so alt, wie falsch und arrogant.

Anders verhält es sich beim zweiten Bedenken. Wir haben es gerade in Berlin live erlebt. „Pro Reli“ bringe „Freiheit“, prangte von zahllosen Plakaten. Ja zu „Pro Reli“ sei eine Frage der „Ehre“, hieß es salbungsvoll

„Pro Reli“ gescheitert

Seit zirka zwei Jahren wird an den Berliner Schulen das Fach „Ethik“ unterrichtet, das u. a. die Werte unserer Zivilgesellschaft vermitteln und einen Beitrag zur Integration leisten soll. Das war einigen religiösen Eiferern zu wenig. Nach ihren Intentionen sollten an den Schulen wieder der Glaube an den lieben Gott und das Beten gelehrt werden, und das als Pflichtfach mit der Vergabe von Zensuren.

Dieses Ansinnen ist in doppelter Weise gescheitert: Insbesondere in den östlichen Bezirken wurde mit überwiegender Mehrheit mit „Nein“ gestimmt. (Marzahn-Hellersdorf: 33.722 Nein-Stimmen zu 9.959 Ja-Stimmen).

Darüber hinaus wurde auch nur im Bezirk der „Betuchten“, Steglitz-Zehlendorf, überhaupt das Quorum von 25 % der Wahlberechtigten erreicht. Es bleibt also bei der Trennung von Staat und Kirche. Gott sei Dank.

Viktor Durnick
Sprecher BO 12

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

seit 1949 praktiziert. Das Recht auf direkte Abstimmungen aber harrt seit 60 Jahren noch immer darauf, dass Zweidrittel der Mitglieder des Bundestages es frei schalten. Am 23. 04. 2009 ist der x-te Versuch gescheitert.

Treu und verlässlich erwies sich im Blockade-Block erneut die SPD. Dabei gab es Zeiten, da warb sie mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen!“ Doch das ist lange her. 2004, als es um eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung ging, log der damalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder sogar forsch: „Das Grundgesetz verbietet Volksabstimmungen!“

in massenhaft verschickten Bürgerbriefen. Kurz vor Toresschluss ließ gar Benedikt XVI. noch aus Rom verkünden: „Religion an Schulen ist ein Bürgerrecht!“

Nein, an Demagogen und Populisten mangelte es bei der jüngsten Berliner Volksabstimmung wahrlich nicht. Und die Berliner CDU war stets dabei. Möglicherweise wollte sie der Bundes-CDU auch nur beweisen, wie recht diese habe.

Aber dieses Experiment ging gründlich schief: Das Gros der Bürgerinnen und Bürger ging ihnen nicht auf dem Leim. Sie erwiesen sich als klüger.

LINKE fordert Einrichtung einer 7. Klasse an der Dahlmann-Schule Integration braucht ein Mehr an Ausstattung

Zu Beginn der Sitzung der BVV im April gedachten die Verordneten des erst kürzlich verstorbenen Uwe Hoppe. Er war seit vielen Jahren als Beauftragter für Menschen mit Behinderungen in Marzahn-Hellersdorf tätig. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle würdigte in ihrer Kondolenzrede sein Engagement für die Menschen in unserem Bezirk.

Im Mittelpunkt der April-Sitzung stand unter anderem die kommende Haushaltsplan-Aufstellung.

Die Linksfraktion brachte einen dringlichen Antrag ein, der einen Bericht darüber fordert, warum der Bezirk im vergangenen Jahr seinen Zielen beim Abbau der Verschuldung nicht in geplanter Höhe nachgekommen ist. DIE LINKE geht davon aus, dass dies vor allem an der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Bezirke liegt. Der geforderte Bericht wird im Mai 2009 der BVV vorliegen und wird zur Grundlage der Auseinandersetzung mit dem Land Berlin über die Ausstattung für den Haushalt 2010/2011.

Ein weiterer Schwerpunkt war wiederholt die

Bildungspolitik. SozialdemokratInnen und LINKE hatten hierzu Anfragen eingebracht. Hassan Metwally, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erläuterte die Notwendigkeit eines wirklichen Integrationskonzeptes für ehemalige SonderschülerInnen an den Regelschulen. Eltern haben berichtet, dass sie ihre Kinder zwar an der Regelschule anmelden können, jedoch keinerlei Förderung für ihr Kind erhalten. Um diesem derzeitigen Zustand entgegenzuwirken, beantragte die Linksfraktion die Neueinrichtung einer 7. Klasse an der Dahlmann-Schule, die nach dem Willen des Bildungsstadtrats Komoß (SPD) eigentlich auslaufen soll.

Metwally betonte, dass die LINKE für die Integration aller SonderschülerInnen in die Regelschulen steht, jedoch hierfür zuvor die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ohne zusätzliche Mittel für die Schulen kann Integration nicht gelingen. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

Bjoern Tielebein

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf!

Liebe Genossinnen und Genossen, hinter uns liegt ein erfolgreicher Abstimmungskampf in Sachen „Pro Ethik“. Wir haben gerade in den letzten Tagen vor dem Urnengang am 26.4. mit Info-Ständen massiv für unser Anliegen geworben und dies hat sich als erfolgreich erwiesen. Ein herzlicher Dank geht an alle, die sich aktiv in diese Auseinandersetzung eingebracht haben, an Ständen geworben und Plakate an die Laternen unseres Bezirks gebracht haben.

Nunmehr gilt es einen sichtbaren und intensiven Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament und dem Deutschem Bundestag zu führen.

Wir haben noch nicht all unsere Kräfte aktiviert. Auch bei der Abstimmung Ende April sind wir noch hinter unseren Möglichkeiten zurück geblieben.

In den kommenden Wochen sollten wir in allen Teilen unseres Bezirks für unsere Positionen werben. Dazu brauchen wir die Unterstützung jedes einzelnen. Sprecht mit Bekannten und Freunden und werbt dafür, aktiv zu werden – aktiv für DIE LINKE – aktiv für sozialistische Politik.

Bitte meldet Euch in der Geschäftsstelle, wenn ihr Euch in den Wahlkampf einbringen wollt. Auch in Eurem Kiez können Flyer gesteckt, Plakate gehängt und Info-Stände durchgeführt werden. Wir wollen als Partei überall dort präsent sein, wo wir Menschen erreichen und mit ihnen ins Gespräch kommen können.

Anfang Mai wird sich das Bezirkswahlbüro konstituieren. In den SprecherInnenberatun-

gen wird der Wahlkampf in den kommenden Monaten sicher eine besondere Rolle spielen.

Daher bitte ich Euch, in Euren Basisgruppen zu beraten, wie ihr Euch aktiv in die vor uns liegenden Wahlkämpfe einbringen könnt. Nicht-Partei-Mitglieder sind natürlich immer herzlich willkommen.

In diesem Sinne – kämpfen wir nunmehr bis zum 27. September 2009 gemeinsam für eine starke LINKE!

Bjoern Tielebein

Stellvertretender Bezirksvorsitzender



Aus der Bezirksgeschichte

Vor 33 Jahren: 26. Mai 1976

Das ZK-Sekretariat der SED bestätigt Maßnahmen der „FDJ-Initiative Berlin“ für den weiteren Aufbau des neuen Stadtbezirks Marzahn.

Vor 32 Jahren: 1. Mai 1977

Die AWG des WBK Berlin wird gegründet. Bis 1984 erhält sie in Marzahn 3.935 Wohnungen.

4. Mai 1977

Als erstes Gebäude im Neubaugebiet Marzahn wird die Kaufhalle in der späteren Marchwizastraße eröffnet. Zunächst dient sie als Versorgungsstützpunkt für die Bauarbeiter. Ende 1977 wird sie für die Neu-Marzahn zur ersten Verkaufsstelle.

Vor 31 Jahren: 2. Mai 1978

Die erste kombinierte Kindereinrichtung aus Kinderkrippe und Kindergarten wird in der Marchwizastraße 47-49 übergeben.

Vor 30 Jahren: 20. Mai 1979

Erstmals finden in Marzahn Wahlen zur Stadtbezirksversammlung statt. Es werden 107 Abgeordnete und 32 Nachfolgekandidaten gewählt. Von diesen stellen der FDGB 33, die SED 30, die FDJ 21, die DBD 13, die CDU, die LDPD, die NDPD und der DFD jeweils zehn und der Kulturbund zwei Vertreter.

Vor 29 Jahren: 16./17. Mai 1980

Das erste Stadtbezirksfest Marzahns findet unter dem Motto „Marzahnener Frühling“ im Wohngebiet 1 statt.

Vor 28 Jahren: 29. Mai 1981

Am Helene-Weigel-Platz wird nach elfmonatiger Bauzeit das Filmtheater „Sojus“ mit dem DEFA-Film „Asta - mein Engelchen“ eingeweiht.

Vor 22 Jahren: 9. Mai 1987

Anlässlich des 750. Jubiläums von Berlin wird am Kienberg in Marzahn die Berliner Gartenschau eröffnet.

Vor 20 Jahren: 29. Mai 1989

Die Buchhandlung „Anna Seghers“ wird an der Marzahnener Promenade eröffnet

Vor 19 Jahren: 6. Mai 1990

Erste Kommunalwahlen nach der Wende. Die PDS ist in Marzahn und Hellersdorf stärkste Fraktion. Eine Zählgemeinschaft von SPD; CDU Bü 90/Grüne verhindert in beiden Bezirken, dass VertreterInnen der PDS, entsprechend des Wahlergebnisses, als Stadträte oder BVV-Vorsteher gewählt werden.

Vor 17 Jahren: 10. Mai 1992

Zwischen dem Bezirk Marzahn und der polnischen Stadt Tychy wird ein Vertrag über Städtepartnerschaft abgeschlossen.

Vor 16 Jahren: 23. Mai 1993

Nach der vom Senat verfügten Schließung des „Galgens“, trat der PDS-Vorsitzende, Klaus-Jürgen Dahler, in den Hungerstreik.

Vor 9 Jahren

Maifeier vor dem Rathaus Helle Mitte mit zirka 10000 TeilnehmerInnen unter dem Motto: „Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“ – Veranstaltung von Parteien, Vereinen und Persönlichkeiten und Künstlern gegen den Aufmarsch der NPD in Hellersdorf.

Auf Einladung von Petra Pau im Bundestag

So ist es: Michael Borchert stimmte es im Bericht über seine Fahrt zum Bundestag am 18. März nachdenklich, dass er mit seinen 40 Jahren der jüngste Teilnehmer in seiner Gruppe war. Dieses Mal, einen Monat später, war ich mit knapp 84 Jahren der Älteste in der Gruppe.

Und es war auch schon mein zweiter Besuch im Bundestag.

Seinerzeit, im September 1991, besuchten wir auf Einladung Gregor Gysis den Bundestag und einige Ministerien noch in Bonn. Und mit dabei in unserer Gruppe auch Petra, eine junge Genossin der PDS, seit kurzem Vorsitzende der Bezirksorganisation der PDS im damals noch eigenständigen Bezirk Hellersdorf. Sie musste, wie wir anderen auch, nicht wenige Male bei unseren Diskussionen mit Politikern, vor allem aber Beamten, mit Vehemenz den fast mitleidig vorgetragenen Äußerungen widersprechen, dass es mit der PDS ohnehin bald zu Ende gehen würde.

Die damals 28-jährige junge Frau, ausgebildete Lehrerin zu DDR-Zeiten, begrüßte bei unserem jetzigen Besuch der Vortragende

im Plenarsaal des Bundestages in Berlin achtungsvoll und unter dem Beifall auch der anderen Besuchergruppen. Sein besonderer Gruß galt der Vizepräsidentin des Bundestages. Ihr Name: Petra Pau.

„Terroristen“ im Innenministerium?

Zum Besuchsprogramm unserer Gruppe gehörte auch ein Informationsgespräch zum Thema Datenschutz im Bundesministerium des Innern.

Nachdem uns Herr Kühne, ein freundlicher älterer Herr, der ansonsten, wie er sagte, noch in Bonn tätig sei, sehr breit das gesamte Innenleben des Innenministeriums mit seinen 1324 Mitarbeitern erläutert hatte, die im Jahr 280 Milliarden Euro ausgeben dürfen, drangen wir aufs Thema „Datenschutz“.

Und da war Herr Kühne nicht mehr so auskunftsfreudig, spürbar sogar ein wenig unglücklich, weil es derzeit wohl weniger um den DatenSCHUTZ, sondern vielmehr um die unter Ägide seines obersten Dienstherrn angestrebte totale Überwachung und Ausspähung aller Bürger, also eigentlich um das

Problem NICHTdatenschutz geht. Stichwort: Vorratsdatenspeicherung!

Dann noch, fast am Ende des Gesprächs, war Herr Kühne wohl sehr froh darüber, dass er angesichts des freundlichen Lachens ringsum die Frage einer Frau aus unserer Gruppe nicht mehr beantworten musste. Sie hatte gefragt, ob es – sie bezog sich auf die im Verfassungsschutzbericht 2007 vielfältige Auflistung von Aktivitäten unserer Partei als „fast terroristische Machenschaften“, ob es ihm klar sei, dass er in dieser Runde im Innenministerium von lauter „Beinahe-Terroristen“ umgeben sei?

Interessant auch die Ausstellung zur parlamentarischen Geschichte im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt, in der unter anderem ausführlich über die deutschen Verfassungen von 1849, 1871, 1919 und 1949 informiert wird. Die 1949er „Verfassung“ meint das Grundgesetz, die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik habe ich bei diesem ersten Kurzbesuch nicht gefunden.

Ich werde wohl noch mal hingehen müssen.
Horst Schubert

Dagmar Pohle: Rathausreport

Vor wenigen Tagen bin ich von einer Dienstreise nach Thai Binh, einer Provinzhauptstadt im Norden Vietnams, zurückgekommen. Gemeinsam mit mir waren Christian Gräff, Bezirksstadtrat für Wirtschaft, und Professor Ekkernkamp, Ärztlicher Direktor des Unfallkrankenhauses Berlin, unterwegs. Diese Reise kam auf Einladung des Volkskomitees von Thai Binh zustande, das mit uns ausloten wollte, wie die Zusam-

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.



Beim Kindergartenbesuch in Vietnam aufgenommen, ob eine Partnerschaftsbeziehung entstehen wird? Foto: Ch. Gräff

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

menarbeit in den letzten Jahren zwischen dem Unfallkrankenhauses Berlin und der Medizinischen Universität in der Provinzhauptstadt verstetigt und auf weitere Felder, auch auf kommunalem Gebiet, ausgebaut werden könnten.

Linke Unternehmer?

Als DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf vor zwei Jahren das LINKE WIRTSCHAFTS-FORUM begründete und zum Unternehmerfrühstück einlud, war die Zustimmung sehr verhalten. Sollte sich die LINKE nicht vor allem um Arbeitslosengeld-II-Empfänger, Jugendliche, Rentner kümmern – warum ausgerechnet Unternehmer?

Siebenmal trafen sich auf Einladung von Petra Pau, Dagmar Pohle und dem der LINKEN nahe stehenden Unternehmerverband OWUS in den vergangenen zwei Jahren Unternehmerinnen und Unternehmer zum Frühstück mit Schmalzstullen und sauren Gurken im Schloss Biesdorf. 30, 40 Teilnehmer sind es immer, beim Frühstück mit Gregor

Gysi musste in den Saal umgezogen werden, weil das Kaminzimmer nicht reichte.

Diese Zusammenkünfte mit Wirtschafts-senator Harald Wolf, Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer, dem Europaabgeordneten Hel-muth Markov und dem Verbraucherschutz-Staatssekretär Benjamin Hoff dienen nicht nur der Information der Unternehmerinnen

und Unternehmer über die Landes-, Bundes- und Europapolitik der LINKEN, sondern werden genutzt, um Fragen zu stellen, Vorschläge zu machen, aber auch um Kritik



Die Gastgeberinnen des Unternehmerfrühstücks, Petra Pau und Dagmar Pohle (rechts im Bild), mit einem der Gäste, Staatssekretär Dr. Benjamin Hoff.

Foto: Amina Runge

zu üben. Das bekam Benjamin Hoff im Februar vorigen Jahres nach der Einführung der Umweltzone und des Nichtraucherschutzgesetzes in Berlin zu spüren. Die Unternehmerinnen und Unternehmer forderten zu Recht, dass sich Politiker der LINKEN im Senat und im Abgeordnetenhaus rechtzeitig vor der Entscheidung mit linken Unternehmern beraten.

Wie damals verabredet, fand deshalb jetzt im April erneut ein Frühstück mit dem Staatssekretär statt, bei dem er über die Ergebnisse der Umweltzone und die nächsten Schritte informierte. Nach dem offiziellen Teil wird kräftig bei Schmalzstullen und sauren Gurken zugegriffen und an kleinen Stehtischen

in wechselnder Besetzung mit Petra Pau, Dagmar Pohle, Landes- und Bezirkspolitikern der LINKEN, aber natürlich auch untereinander geredet.

Fazit: Wir bleiben dabei, Unternehmerinnen und Unternehmer sind wichtige Partner der LINKEN. Das gilt nicht nur, aber vor allem hier in Marzahn-Hellersdorf, wo viele aus der Arbeitslosigkeit zum Unternehmer geworden sind. Auch ihre Interessen muss die LINKE vertreten und auf ihre Stimme hören. Vor kurzem wurde aus diesem Grund in Berlin eine Landesarbeitsgemeinschaft LINKE UNTERNEHMER gegründet, die sich genau das zum Ziel gestellt

hat. Neue Mitglieder sind willkommen! Übrigens: unter den erwerbstätigen Mitgliedern der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf gibt es mehr als dreimal so viel Selbständige wie Arbeiter.

Erika Maier, Sprecherin des LINKEN WIRTSCHAFTS-FORUMS

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand Im Havemann-Center

Am 6. April 2009 um 19.00 Uhr - im Havemann-Center - zum Thema Ortsumfahrung Ahrensfelde - einem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Marzahns Gehör zu verschaffen, das ist der Basisgruppe an diesem Abend gelungen. Immerhin geht es um geplante Straßenbau-Maßnahmen, die die Wohn- und Lebensbedingungen vieler Anwohner tangieren. Für den Verkehr der B 158, der sich jetzt vom und zum Berliner Ring durch das Dorf Ahrensfelde quält, werden neue Lösungen gesucht. Von einer vierspurigen Umgehungsstraße ist die Rede oder nur eine zweispurige Entlastungsstrecke.

Genossinnen und Genossen der LINKEN, die hier ihr Zuhause haben - wie Günter Beckert -, engagieren sich, lassen ihr Herzblut in Ideen und Vorschlägen, aber eben vorwiegend kontrovers zu den Projekten des Senats. Die gesellschaftliche Bedeutung, die das Projekt für das Wohngebiet im Norden Marzahns hat, rechtfertigt manche Schärfe der Auseinandersetzungen, auch innerhalb der Partei. Das war auch Anlass für eine solche Zusammenkunft. In den Diskussionen geht es allerdings nicht um das Prestige eines Fürstentums, sondern um die Diskussion untereinander, hier der Basisgruppe mit dem Bezirksvorstand, der BVV-Fraktion, dem Stadtrat, den

Abgeordneten, - gemeinsam wollen wir um die beste Lösung ringen.

Die Atmosphäre im Havemann-Center lief in diese Richtung. Zum Thema „Ortsumfahrung Ahrensfelde“ gab es von der Basisgruppe eine sachliche Information für die große Zahl der Teilnehmer. Es wurden überwiegend Einwände zu dem gegenwärtigen Konzept des Senats vorgetragen. Ich finde, dass das politische Engagement des Einladers auch durch die Zuständigkeiten einiger Gäste gekennzeichnet wird: Norbert Seichter - Bezirksvorsitzender; Klaus-Jürgen Dahler - Fraktionsvorsitzender in der BVV; Norbert Lüdtko - Stadtrat; Jutta Matuschek - Verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (MdA); Wolfgang Brauer (MdA). In der Diskussion wurde die Meinung vorge-tragen, dass zur „Ortsumfahrung Ahrensfelde“ in der LINKEN im Bezirk bislang keine einheitliche Meinung bestand. Aber die LINKE hat sich immer engagiert, damit die Probleme sachlich auf den Tisch kommen; das gilt für die Erarbeitung einer Synopse, das gilt für den Bau eines Modells, auch für die Lösung „gedeckelter Trog“.

Die Mitglieder bzw. Mandatsträger im Bezirk wie im Land haben sich immer wieder stark gemacht, damit die Bürgerinitiativen Gehör

fanden und das hat bereits zu Teilerfolgen geführt. Das Verfahren zur Ortsumfahrung hat jetzt einen Stand erreicht.

Für die weitere Meinungsbildung erweisen sich Bemerkungen von Jutta Matuschek als relevant, wonach der Bundeswegeplan überarbeitet wird, dessen Bestandteil die B 158 ist und ihr Verweis auf Kräfte, die Alternativen zur Tangentialverbindung Ost suchen. So präsentiert sich diese Beratung im Havemann-Center als ein gutes Beispiel für das Miteinander beim Engagement der LINKEN im Interesse der Bürger.

Wilfried Maier

**Gefunden
bei <http://zitate.net>**

Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger.

Kurt Tucholsky
09.01.1890 - 21.12.1935
deutscher Schriftsteller

Spielplatz „Schmetterlingswiesen“ an Kinder übergeben

Es war am 23. April 2009, die Sonne durchbrach rechtzeitig die Wolken, Kinder der nahe gelegenen Kita „Salamander“ konnten als erste den neuen Spielplatz ausprobieren. Im Vorfeld hatte es Proteste und auch Klagen von Anwohnern gegeben, denen der Spielplatz zu nah liegt. Daraufhin wurden einige Korrekturen vorgenommen, der Spielplatz ist mehr für kleinere Kinder geeignet. An den Seiten wurden Sträucher gepflanzt als Sicht- und Lärmschutz. Bezirksstadtrat Norbert Lüdtker (DIE LINKE) begrüßte vor allem die Kinder aber auch „Bezirkliche Prominenz“ wie den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Mätz und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken Renate Schilling. Er bedankte sich bei den Planerinnen und Planern der Anlage und bei den ausführenden Firmen. Die Kinder erfreuten die Anwesenden mit einem musikalischen Programm. Entgegen anders lautenden Meinungen, z.B. von gewesenen Senatoren, wird in Kitas auch noch gesungen. Gemeinsam mit den Kindern schnitt er das rote Band durch und danach gab es für die Kinder kein Halten mehr. Sie nahmen als erste den neuen Spielort in Besitz.



Einen Baum pflanzen

Bereits zum vierten Mal wurden am 25. April 2009 Bäume im so genannten Hochzeitspark in der Nähe des Bürgerparks in Marzahn Mitte gepflanzt. Petra Pau und Manuela Schmidt überreichten die Zertifikate für die 13 neuen „Baumpflanzer/innen“. Die Gründe, einen Baum zu pflanzen, waren ganz unterschiedlich, eine Mutter beschenkte ihre vier erwachsenen Kinder mit einem Baum, andere Bäume waren als Geburtstagsgeschenk gedacht oder als Geschenk zum erfolgreichen Abschluss des Studiums. Insgesamt 62 Bäume sind bisher gepflanzt worden. In das vorgesehene Gelände konnten auch Teile des Schulhofes der inzwischen abgerissenen Schulen Alfred-Döblin-/Ludwig-Renn-Straße mit einbezogen werden. Da auch die Turnhalle der ehemaligen Schulen, die erhalten bleiben soll, zurzeit saniert wird, entsteht mit dem Park ein weiterer schöner Ort in unserem Bezirk.

Renate Schilling

Politische Bildung: Auf der Suche nach der konkreten Utopie Zur Aktualität Bourdieus – Möglichkeiten und Grenzen einer kritischen Gesellschaftsanalyse

Reicht die Reduzierung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse auf den Warenaustausch aus, um die soziale Welt zu beschreiben, ohne ihr den Charakter eines Marktplatzes zu verleihen? Folgt man dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu, so lautet die Antwort: Nein!

Pierre Bourdieu dürfte den Meisten unbekannt sein. Trotz alledem gilt bzw. galt er als einer der wichtigsten, streitbarsten, aber auch umstrittensten Soziologen der Gegenwart. Um sich mit ihm auseinander zu setzen und seine Theorie innerhalb unserer Partei bekannt zu machen, trafen sich auf Einladung der AG Politische Bildung, GenossInnen mit dem Politikwissenschaftler und Psychologen Tobias Pieper.

Ausgangspunkt der bourdieuschen Analyse ist nicht die Gesellschaft als Ganzes, sondern der konkrete soziale Raum, wie z.B. die Fabrik, die Partei, das soziale Milieu, der mittels ökonomischer Kategorien beschrieben wird. Die einzelnen Kapitalformen (soziales, symbolisches, kulturelles und ökonomisches Kapital) bestimmen die Position des Akteurs bzw. der Gruppe in der sozialen Welt, denn der Warenaustausch ist lediglich ein Spezialfall unter mehreren möglichen Formen von sozialem Austausch. Die einzelnen Kapitalformen sind zum Teil z.B. von den Eltern vorgegeben, lassen sich jedoch u.a. durch Bildung, soziale Kontakte vermehren, wodurch die Position innerhalb der sozialen Welt verändert werden kann. Dieser Kapitalanhäufung sind

jedoch durch Abgrenzungsmechanismen Grenzen gesetzt.

Die anschließend angeregte Diskussion drehte sich v.a. um eine Frage: Was nun? Denn im Gegensatz zu Marx enthält Bourdieus Theorie keine konkrete Handlungsanleitung, die dazu beitragen könnte, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern; von einem alternativen Gesellschaftsentwurf ganz zu schweigen, denn es ist nicht die Aufgabe der Soziologie die Utopie zu entwerfen, im Gegensatz zu traditionellen linken geschichtsphilosophischen Ansätzen.

Doch gerade die Beschreibung des Ist-Zustandes und der wirkenden Machtmechanismen innerhalb eines bestimmten sozialen Raumes sind die größten Vorteile seiner Theorie. Bourdieu hält einem selbst den Spiegel vor und dieses Spiegelbild ist nicht besonders angenehm. Betrachtet man aus bourdieuschen Blickwinkel die eigene Partei so wird einem schnell klar, warum bestimmte Entscheidungen so fallen, wie sie fallen.

Es ist schade, dass der zeitliche Rahmen nur die Klärung der wesentlichen Grundbegriffe der bourdieuschen Analyse ermöglichte. Die aus ihr zu ziehenden theoretischen und praktischen Konsequenzen und Fragestellungen, bezüglich sozialer Räume, wie Klasse und Partei, oder die Frage nach dem scheinbar fehlenden Gewalt- und Herrschaftsbegriff bleiben vorerst unbeantwortet. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Disput nicht wieder allein in den eigenen vier Wänden geführt wird.

Stefan Große

Aus den Siedlungsgebieten Bereichsentwicklungsplanungen werden in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf umgesetzt!

Die Siedlungsgebiete unseres Bezirkes sind durch die Art und Weise der Bebauung und des hohen Anteils privater Garten- und Grünflächen ein wichtiger ökologischer Faktor für das Land Berlin und unseren Bezirk. Dazu kommen die öffentlichen Grünflächen und Landschaftsschutzgebiete. Entsprechend unseres kommunalen Wahlprogramms haben wir erhebliche Anstrengungen zur Entwicklung des öffentlichen Grüns und der Landschaftspflege unternommen. Durch die Umsetzung von EU-Fördermitteln, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Fördermittel der Arbeitsverwaltungen, des Stadtumbaus, Mittel für das Entwicklungsgebiet in Biesdorf Süd und der Denkmalpflege wurden erhebliche Fortschritte erreicht. In den Siedlungsgebieten gilt dies insbesondere für das Wuhletal im Bereich Kaulsdorf und Biesdorfer Höhe, den Berliner Balkon an der B1/B5, den Schlosspark Biesdorf, den Gutspark Mahlsdorf, den Grünflächen im Entwicklungsgebiet Biesdorf Süd und den Biesdorfer Baggersee. Mit den

Maßnahmen in diesen Bereichen ist es gelungen die auch berlinweit bedeutenden Hauptgrünzüge Wuhletal und Berliner Balkon für die Bürgerinnen zu gestalten. Die beiden Gärtenkmale Schlosspark Biesdorf und Gutspark Mahlsdorf sind wieder entsprechend ihrer Bedeutung ausgestattet worden. Zugleich wurden die wassergeprägten Landschaftsräume Biesdorfer Baggersee und Kaulsdorfer Seen weiter entwickelt. Mit der Unterschutzstellung der Kaulsdorfer Seen, der Feuchtwiese am Bachrain und des Rohrpfuhs in Mahlsdorf sowie der Pflege dieser Flächen wird der Naturschutz aktiv umgesetzt. Hinzu kommen 20 als Naturdenkmale geschützte Bäume im Siedlungsgebiet, deren Pflege durch das Natur- und Umweltamt übernommen wird. Mit der Neugestaltung des Ehrenmals für die gefallenen Sowjetsoldaten in der Brodauer Strasse wurde ein weiterer für das Ortsbild bedeutender Ort würdevoll neu gestaltet.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der Linken in der BVV

Ausstellung: Auschwitz: Nie wieder!

Aus Anlass des 64. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus präsentiert der Landesarbeitskreis Shalom der Linksjugend [solid] Berlin in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Lichtenberg die Ausstellung **Auschwitz: Nie Wieder! – Erinnern statt Vergessen** im Rathaus Lichtenberg.

Junge Menschen stellten im Jahr 2007 in dieser Ausstellung auf 16 Tafeln Aufnahmen zusammen, die das Vernichtungslager aus der Perspektive eines ankommenden Häftlings zeigen. Die Grausamkeit der nationalsozialistischen Verbrechen wird damit für den

Betrachter deutlich. Das Konzentrationslager steht für den einzigartigen Versuch der industriellen Vernichtung von Menschen. Über eine Million wurden im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordet, der Großteil davon Jüdinnen und Juden.

Die Ausstellung leistet ihren Beitrag zur Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft. Der Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland beginnt mit dem Gedenken an die Opfer. Aktivitäten von jungen Menschen gilt es hierbei zu unterstützen.

Am Mittwoch, den 29. April 2009 fand die Ausstellungseröffnung in dem Ratssaal des Lichtenberger Rathauses statt. Die von dem Verein Bon Courage e.V. aus Borna erstellte Ausstellung wurde von der Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich eröffnet.

Die Exposition kann bis zum 22. Mai 2009 zu den Öffnungszeiten des Rathauses in der Möllendorffstraße 6, Montags bis Freitags von 8 bis 18 Uhr besucht werden.

LAK Shalom Berlin

Antiziganistische Zustände

25. / 27. Mai: Buchvorstellung an der Alice-Salomon-Hochschule

Antiziganismus ist ein weit verbreitetes und wirkmächtiges Phänomen, das in den westlichen Gesellschaften tief verankert ist. In nahezu allen Staaten Europas werden Menschen als ‚Zigeuner‘ diskriminiert und teilweise verfolgt, im Nationalsozialismus wurden Hunderttausende Roma und andere als ‚Zigeuner‘ Verfolgte aus ganz Europa deportiert und planmäßig vernichtet. Trotzdem mangelt es an politischen und theoretischen Analysen. Das gilt auch für eine linke Kritik, die oft nicht über moralische Empörung hinaus geht.

Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments.

25. Mai 2009 // 19.00 Uhr // Audimax der Alice-Salomon-Hochschule

Markus End und Jan Severin stellen den kürzlich erschienenen Sammelband **Antiziganistische Zustände** vor. Dabei werden sie eine Einführung in Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus geben und einige Ansätze zur Analyse dieses Ressentiments vorstellen. Während Jan Severin dabei auf die Rolle der Ethnologie bei der Konstruktion rassistischer ‚Zigeuner‘-Bilder eingeht, wird Markus End versuchen, Ansätze zu einer Kritik des Antiziganismus mittels Kritischer Theorie näher zu bringen.

Szenarien des Erinnerns. Die gedenkpolitische Fortschreibung von Antiziganismen.

27. Mai 2009 // 19.00 Uhr // Audimax der Alice-Salomon-Hochschule

Der Gedenshub der 1990er Jahre hat auch die noch in den 1980er Jahren als die „vergessenen Opfer“ betitelten Roma ins gesamtdeutsche Erinnerungstableau integriert. Dennoch lässt sich zeigen, dass auch forcierte gedenkpolitische Auseinandersetzungen wesentlich in antiziganistischen Diskursmustern verhaftet bleiben. Yvonne Robel beleuchtet die Konstruktion von ‚uneinigen‘ und ‚konkurrierenden‘ Roma im Zuge der Debatten um ein zentrales Mahnmal in Berlin. Kathrin Herold verdeutlicht anhand der Bleiberechtskämpfe Hamburger Roma an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (1989 und 1993), wie ein Erinnerungsort zum Schauplatz einer gewaltsamen politischen Auseinandersetzung werden kann. Das projektive Bild des ‚Zigeuners‘, so lässt sich zeigen, wird sowohl über offenes staatlich-repressives Handeln als auch in scheinbar politisch korrekten Gedenkrhetoriken verfestigt.

Organisiert von:
* Bündnis Kein Vergessen
* Antifa-Referat des AstA der ASHB
* Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf



Der Sammelband **Antiziganistische Zustände - Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments** wurde im April 2009 von Markus End, Kathrin Herold und Yvonne Robel im Unrast-Verlag herausgegeben. Informationen unter www.unrast-verlag.de.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Veranstaltungen

» **9.5., Ehrendes Gedenken anlässlich des Tages der Befreiung 10 Uhr**, Parkfriedhof, Wiesenburger Weg, 12681 Berlin-Marzahn,
11.30 Uhr, Gedenkstätte Brodauer Straße/Ecke Waplitzer Str., 12621 Berlin-Kaulsdorf

» **12.5., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin,
Diskussion zum Thema „**Ernst Engelberg** – ein Jahrhunderthistoriker, Einführung in Leben und Werk aus Anlass seines 100. Geburtstages“, Referent: Prof. Dr. Mario Keßler, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Moderation: Dr. Ingrid Matschenz

Die Krise bekämpfen

**Sozialpakt für Europa!
 Die Verursacher müssen zahlen!**

DGB-Demo am 16. Mai in Berlin

Deshalb wird DIE LINKE am 16. Mai auf der Demonstration der Gewerkschaften unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“ in Berlin auf die Straße gehen und gemeinsam mit vielen anderen deutlich machen: **Wir fordern, dass die Verursacher für die Krise zahlen. Eine andere Politik ist nötig, möglich und wählbar!**

Ablauf

Es wird zwei Demonstrationzüge geben. Treffpunkte sind der Breitscheidplatz und der Hauptbahnhof, jeweils um 11.30 Uhr.

Die Hauptkundgebung findet um 14 Uhr an der Siegessäule statt.

Treffpunkt der LINKEN werden die Infostände des Landesverbandes Berlin an den Startpunkten sein.

Hinten links

Kinder kommen uns teuer zu stehen!

Das sächliche Existenzminimum für ein deutsches Kind beträgt 3.864 EUR p. a. ab dem Jahr 2010. Dieser Betrag wird steuerfrei gestellt. Darin enthalten sind zum Beispiel jährliche Unterkunftskosten von 840 EUR und 204 EUR Heizkosten.

Neben diesem sächlichen Existenzminimum gibt es noch den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf.

Womit der jährliche Freibetrag auf insgesamt 5.808 EUR wächst.

Die Steuerfreiheit wird im Rahmen des Familienleistungsausgleiches entweder durch die Freibeträge oder durch das als Steuervergütung gezahlte Kindergeld erreicht – sagt die Regierung.

Frage

Wie wird – gemäß verfassungsrechtlichen Vorgaben bis 1.1.2010 – für den Krankheits- und Pflegefall des Kindes eine weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs steuerfrei gestellt?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **12.5. und 26.5.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **3.6.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **3.6.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **4.6.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **4.6.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **14.5., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» **26.5., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **7.5., 11 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Frauentreff HELMA, Marzahner Promenade 41, 12679 Berlin zum Thema „Europawahlen“

» **19.5., 18.30 - 20 Uhr**, **Wolfgang Brauer (MdA)**, **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **20.5., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **8.6., 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, **BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
 (fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch und am 22.5.2009

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 4.5.2009. Auslieferung ab: 6.5.2009. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4. Juni und 2. Juli 2009.